↓ Beratungsfolge	↓ Sitzungstermin
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	22.05.2006

Beschlussvorlage

11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum Bebauungsplan Nr. 41 Wiedenest-Mitte

hier: Weiterführung des Bauleitplanverfahrens (öffentliche Auslegung)

-Ergänzung des Beschlusses des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 02.02.2005

Beschlussvorschlag:

1. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt die Ergänzung und Weiterführung des bisherigen Planaufstellungsverfahrens gem. § 2 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl I S. 2414) für den Bebauungsplan Nr. 41 Wiedenest-Mitte und die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB für folgende ergänzenden Änderungen bzw. Änderungspunkte:
  - Änderung der Baugrenze im Bereich der Straße "Am Holzweg", Flurstücke Gemarkung Wiedenest, Flur 10, Nrn. 119, 120, 121, 122, u.a.
  - Änderung der Baugrenze im Bereich der "Olper Straße", Flurstück Gemarkung Wiedenest, Flur 12, Nr. 77.
  - Änderung der Baugrenze und des Maßes der baulichen Nutzung GRZ 1,0, GFZ 1,0) für den Bereich des "EKZ-Wiedenest", Flurstück Gemarkung Wiedenest, Flur 12, Nr. 269.
2. Die (neue) Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB, ist mit abgedruckt (Stand: 11.04.2006).
3. Die textlichen Festsetzungen sind beigelegt (Stand: 11.04.2006).
4. Die (neue) Begründung gem. § 5 Abs. 5 BauGB für die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes ist beigelegt (Stand: 11.04.2006).
5. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt gem. § 3 Abs. 2 und § 4a Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung der ergänzten Planentwürfe für die Dauer eines Monats. Es wird gemäß § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB beschlossen, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten/ergänzten Teilen/Punkten abgegeben werden können.

Die Entwürfe der Begründung des Flächennutzungsplanes, des Bebauungsplanes, einschl. des Umweltberichtes gem. § 2a BauGB, der textlichen Festsetzungen werden mit öffentlich ausgelegt.

6. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden zuvor schriftlich beteiligt und aufgefordert ihre dort vorliegenden Informationen über umweltrelevante Belange mitzuteilen (§ 2 Abs. 3 und Abs. 4 i.V.m. § 4 Abs. 1 BauGB). Die Verwaltung wird ermächtigt die Begründungen sowie den Umweltbericht inhaltlich anzupassen, sofern aus den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Änderungen erforderlich werden sollten.
7. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden zur öffentlichen Auslegung gem. § 4 Abs. 2 BauGB schriftlich beteiligt und aufgefordert eine Stellungnahme innerhalb eines

---

Unterschrift

Erläuterungen:

Der PBUA hat sich in seiner Sitzung am 02.02.2005 mit der (Genehmigungs-) Verfügung der Bezirksregierung Köln vom 16.11.2004 zu den o.g. Bauleitplänen befasst und beschlossen dieser beizutreten. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass für den Bereich des "EKZ-Wiedenest" anstelle der bisherigen Sondergebietsdarstellung/-festsetzung nunmehr eine Kerngebietsfestlegung erfolgt, da dies nur genehmigungsfähig ist.

Mittlerweile haben sich zwei weitere im o.g. Beschluss formulierten Änderungen ergeben, die ebenfalls mit in das Änderungs-/Aufstellungsverfahren gegeben werden sollen. Für das Verfahren ist eine öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher

Mitzeichnungen			
☐	I. Beigeordneter	☐	Fachbereich 3
	Datum		Datum
☐	Fachbereich 1	☐	Fachbereich 4
	Datum		Datum
☐	Fachbereich 2	☐	
	Datum		Datum